

Vorlage für die Sitzung des Senats am 08.09.2020

**„Gesellschaftliche Ungleichheit wissenschaftlich aufarbeiten und
Lösungen finden“**

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der Entwicklungsstand beim durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten und dezentral organisierten „Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ), an dem Bremen beteiligt ist?
2. In welcher Art und Weise werden das Bremer „SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik“ und das FGZ vom Senat darin unterstützt, die Erforschung von gesellschaftlicher Ungleichheit, die sich durch die Covid-19-Pandemie noch verstärkt hat, durchzuführen?
3. In welcher Art und Weise werden die Forschungsergebnisse des SOCIUM und des FGZ in der Arbeit des Senats berücksichtigt und können dadurch zum nachhaltigen Abbau von Ungleichheit beitragen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Das Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt ist am 01.06.2020 offiziell und an allen 11 Standorten gestartet. Das Institut wird mit bundesweit elf Standorten unterschiedliche Perspektiven zusammenführen und wissenschaftliche Expertise bündeln. Die Themen reichen dabei von neuen sozialen Konflikten über das Auseinanderdriften von Stadt und Land bis hin zu Populismus und zunehmendem Antisemitismus. Die Förderung des Bundesministeriums

für Bildung und Forschung (BMBF) in der vierjährigen Hauptphase bis 31.05.2024 beläuft sich auf insgesamt 40 Mio. Euro. Den Startschuss des FGZ nach einer anderthalbjährigen Vorbereitungsphase, in der ein gemeinsames Gründungskonzept für das FGZ entwickelt worden war, markierte eine Online-Presskonferenz mit Bundesministerin Karliczek.

Bremen ist sowohl als eines von elf Teilinstituten mit Forschungs- und Transfersprojekten als auch (gemeinsam mit Frankfurt und Leipzig) an der Gesamtkoordination des FGZ beteiligt, wobei in Bremen insbesondere das FGZ-weite Datenzentrum angesiedelt ist, das ein Herzstück des FGZ bildet. Dies hat zur Folge, dass der Bremer Standort mit über 8 Millionen € den höchsten Anteil an der BMBF-Finanzierung von 40 Mio. € erhält. Neben dem „SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik“ sind in Bremen auch das Zentrum für Arbeit und Politik (zap), das Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw), das Institut für Ethnologie und Kulturwissenschaft sowie das Zentrum für Medien-, Kommunikations-, und Informationsforschung (ZeMKI) beteiligt. Aktuell laufen die Einstellungen der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FGZ in Bremen (die sich coronabedingt etwas verzögert haben). Eine Kickoff-Veranstaltung des Teilinstituts Bremen ist am 10.09.2020 geplant. Die FGZ-weite Eröffnungsveranstaltung wurde – coronabedingt – auf den 11. und 12.11.2020 in Leipzig verschoben.

Angesichts der Corona-Pandemie und ihrer erheblichen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat das BMBF das FGZ aufgefordert, ein zusätzliches Corona-Projekt zu entwickeln, für das eine Förderung in Höhe von 800 T€ in Aussicht gestellt wurde. Dieser Projektantrag wird aktuell entwickelt. Bremen möchte sich hier mit Forschungen zu Anti-Corona-Demonstrationen sowie zu Effekten auf bestehende digitale Ungleichheiten beteiligen.

Zu Frage 2:

Das FGZ wurde bereits in der Vorbereitungsphase und wird in der nun laufenden Hauptphase aktiv vom Land Bremen unterstützt. Die Unterstützung des Landes Bremens gilt insbesondere dem zentralen Datenzentrum sowie als Ergänzungsfinanzierung den Forschungsprojekten in Form von Personal- und Sachmitteln und beläuft sich insgesamt auf etwa 1,3 Mio. Euro.

Der Sprecher des Bremer Standorts des FGZ ist zugleich Leiter einer Arbeitsgruppe in der Abteilung „Ungleichheitsdynamiken in Wohlfahrtsgesellschaften“ im SOCIUM und Dean der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) mit ihrem Forschungsthema der sozialen und politischen Integration. Die BIGSSS wurde im Rahmen der

Exzellenzinitiative in zwei Förderphasen von Bund und Land finanziert und ist inzwischen in den Regelbetrieb überführt worden.

Für seine Vorbereitung in Verbindung mit weiteren definierten Zielstellungen erhält der Schwerpunkt „Globale Sozialpolitik und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ aus Landesmitteln für den Zeitraum 2020 bis 2024 jährliche Fördermittel in Höhe von 280 T€.

Zu Frage 3:

Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen steht seit den Vorbereitungen zum Aufbau des FGZ in engem Kontakt mit den Antragstellenden und hat die Landesinteressen gegenüber dem Bund vertreten. Das FGZ ist aufgrund der Forschungsthemen, die gerade in Bremen mit einem besonderen Bezug zu Fragen sozialer Ungleichheit und ihren Auswirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt verfolgt werden, von hohem politischem Interesse für den Senat. Die fünf Forschungsprojekte in Bremen beschäftigen sich mit Fragen der sozialen Ungleichheit, wobei hier neben sozio-ökonomischen und Chancenungleichheiten insbesondere auch Ungleichheiten der Lebensführung und der kulturellen und politischen Einstellungen und Orientierungen eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus werden in zwei Transferprojekten auch der Dialog mit der Bremer Stadtgesellschaft und Politik zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesucht. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Stadtteil Gröpelingen.

Im FGZ spielen insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie Forschungen zu politischem Extremismus und zum Rechtspopulismus eine große Rolle.

Die Forschungen des SOCIUM sind auch über das FGZ hinaus von großem Interesse für den Bremer Senat. So besteht eine Kooperationsvereinbarung des SOCIUM mit der Bremer Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur wechselseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit. Dazu finden regelmäßige jährliche Treffen von Forscherinnen und Forschern des SOCIUM und der Sozialbehörde statt.

An diesen aktuellen Beispielen ist erkennbar, dass das SOCIUM und das FGZ grundsätzlich und regelmäßig zu allen von ihm bearbeiteten Fragen der Sozialpolitik und Ungleichheit Transferangebote für Politik und Gesellschaft entwickelt. Es bestehen regelmäßige Kontakte zu den einschlägigen Senatsressorts in Bremen, um einen raschen Transfer relevanter Forschungsergebnisse in Verbindung mit Empfehlungen für die Politik zu gewährleisten.

Somit ist gewährleistet, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politische Praxis in Bremen einfließen.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Frage in der Fragestunde hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist geeignet, nach Beschlussfassung über das zentrale Informationsregister veröffentlicht zu werden. Datenschutzrechtliche Belange stehen dem nicht entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft und Häfen vom 1. September 2020 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.